DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Frauenplenum

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon 030/227-57040
Telefax 030/227- 56740

frauenpolitik@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

Secretaría General del FSLN

Costado Oeste

Parque el Carmen

Managua

Nicaragua

Berlin, 27. Mai 2009

Offener Brief an die Mitglieder der FSLN

Liebe Genossen und Genossinnen,

in den Zeiten des Kalten Krieges reisten Tausende Engagierte aus der damaligen Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik nach Nicaragua. Sie alle einte der Wunsch, das sandinistische Nicaragua zu unterstützen und beim Aufbau einer sozial gerechten Gesellschaft zu helfen.

Auch die Mitglieder des Frauenplenums der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag sehen sich als Teil dieser Solidaritätsbewegung, und begrüßen, dass mit der Rückkehr der Sandinisten an die die Spitze einer gewählten Regierung die Chance eröffnet wurde, 16 Jahre neoliberale Politik, ausgetragen auf dem Rücken der Ärmsten, zu beenden.

Besondere lobende Anerkennung verdienen folgende Ergebnisse dieses neuen Weges:

- die Wiedereinführung kostenfreier Schulbildung und Gesundheitsversorgung für die ganze Bevölkerung
- die erfolgreiche Bekämpfung der hohen Analphabetenrate
- das soziale Programm „Cero hambre“, bei dem 75.000 arme Bauernfamilien Saatgut, Kleinvieh, je eine Kuh und Materialien für den Stallbau und die Umzäunung ihrer Parzellen erhalten
- und das Mikrokreditprogramm zu fairen Konditionen für kleine und mittlere Produzenten.

Dies alles führte zu erheblichen Verbesserungen der Lebensbedingungen der ärmsten Schichten der Bevölkerung gerade auf dem Land - und förderte auch die Lage von Mädchen und Frauen, die zuallererst unter der schlechten Ausbildungssituation und dem mangelhaften Zugang zum Gesundheitssystem gelitten haben. Dies entspricht den Zielen der sandinistischen Revolution, die antrat, die Lage der Frauen zu verbessern und die Müttersterblichkeit zu senken - und mit der wir uns verbunden fühlen.

Gleichzeitig betrachten wir bei aller Solidarität die Einführung eines totalen Verbotes von Schwangerschaftsabbrüchen, selbst aus medizinischen Gründen, in Nicaragua mit großer Sorge. Dort, wo aus medizinischen Ursachen eine Fortführung der Schwangerschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit

zu schweren gesundheitlichen Folgen bis hin zum Tod der betroffenen Frau führen kann, ist ihr Recht auf Gesundheit und Leben betroffen. Jede politische Entscheidung, die Frauen in dieser Situation den ungehinderten Zugang zu Gesundheitsressourcen und Behandlung einschließlich des Abbruchs raubt, greift in ihre fundamentalen Menschenrechte ein und beschränkt sie.

Die fatalen Folgen eines solchen Verbotes sind in vielen Ländern dokumentiert worden: Frauen sterben aufgrund von Komplikationen während der Schwangerschaft oder weil sie versuchen, unter prekären Umständen eigenständig einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen. Andere erleiden gravierende gesundheitliche Schäden in der Folge illegaler, nicht fachlich durchgeführter Eingriffe.

Wir möchten Euch deshalb in aller Solidarität darum bitten, die diesbezügliche Regelung auszusetzen und diejenigen Frauen anzuhören, die Vorschläge für eine bessere Regelung haben. Bitte denkt über eine Lösung nach, die Frauen in ihrer Not nicht allein lassen.

Mit solidarischem Gruß,

Kirsten Tackmann, MdB

Monika Knoche, MdB